

Mobilität und Verkehr

Projektvorschläge

(Stand: 21.09.21)

Optimierung der Beförderungsangebote und der Anbindung ÖPNV, Car-Sharing, alternative Mobilitätsformen					
Maßnahmen- nummer:		Priorität:	1	2	3
Zielsetzung:					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung der Beförderungsangebote unter Berücksichtigung alternativer Mobilitätsformen zur Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung. ▪ Verbesserung der Anbindung der Ortsteile untereinander und an den Kernort durch Nutzung vorhandener und zukunftsorientierter Mobilitätsangebote. 					
Beschreibung der Maßnahme:					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zur Ermittlung des Bestandes und der aktuellen Defizite im Beförderungsangebot, bedarf es der Erfassung und Zusammenstellung der bestehenden Angebote ▪ Ergänzende Durchführung von Befragungen zur Ermittlung der Bedürfnisse der Bewohner hinsichtlich bestehender und zukunftsorientierter Beförderungsangebote. ▪ Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes mit den möglichen Beförderungsangeboten (ÖPNV, Car-Sharing, alternative Mobilitätsformen) für Körle unter Hinzuziehung eines Fachbüros für Mobilitäts-/Verkehrsplanung. ▪ Einbindung der Nachbarkommunen in den Planungsprozess mit dem Ziel einer optimalen Vernetzung der Mobilitätsangebote. ▪ Klärung der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes mit den Zuständigen des ÖPNV (z.B. Nordhessischer VerkehrsVerbund, Nahverkehr Schwalm-Eder GmbH) ▪ Um alternative Mobilitätsformen und hier insbesondere die E-Mobilität zu fördern, soll geprüft werden welche Möglichkeiten zum Ausbau von E-Ladestationen in Körle existieren. 					
Vorgehensweise/Arbeitsschritte:					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ 					

Aufwertung des Bahnhofsgeländes und des Umfelds
 Zentraler Mobilitätsknotenpunkt der Gemeinde

Maßnahmen- nummer:		Priorität:	1	2	3

Zielsetzung:

- Steigerung der Attraktivität des Bahnhofsgeländes und des Umfelds, um die Nutzung des Bahnangebotes zu fördern.

Beschreibung der Maßnahme:

- Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Aufwertung des Bahnhofsgeländes und des Umfelds als Grundlage für Abstimmungen z.B. mit der Deutschen Bahn sowie zur Klärung der Zuständigkeiten bei den Einzelmaßnahmen.
- Um das Angebot der Bahn für Bahnreisende und insbesondere für Pendler vor allem in Richtung Kassel attraktiver zu gestalten, bedarf es der Bereitstellung von PKW-Stellplätzen und Fahrradabstellanlagen im Umfeld des Bahnhofsgeländes.
- Die Zugänglichkeit der Bahnsteige ist barrierefrei herzustellen und attraktiver zu gestalten (z.B. Fußgänger-Tunnel, Treppenanlage und Wegeverbindungen zum Gleis in Richtung Kassel).
- Die Wartezone im Bereich der Gleisanlagen ist durch Wetterschutzmaßnahmen (Vordächer/Unterstände) und Sitzmöglichkeiten auszustatten.
- Generell ist die Bahnhofsinfrastruktur zu verbessern (Leitsystem für Menschen mit Behinderung, Informationssystem für Bahnreisende (Beschilderung, Wegweisung), Beleuchtung, Verbesserung der Bodenbeläge, etc.).
- Die Maßnahmen sind mit den zuständigen Stellen der Deutschen Bundesbahn zu erörtern und hinsichtlich der Umsetzungsmöglichkeiten abzustimmen.
- Bei der Planung sind bei Bedarf die benachbarten Grundstückseigentümer einzubeziehen.

Vorgehensweise/Arbeitsschritte:

-

Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit im öffentlichen Raum
 Untersuchung und Maßnahmenkonzept

Maßnahmen- nummer:		Priorität:	1	2	3

Zielsetzung:

- Erarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung der Verkehrlenkung, Verbesserung der Verkehrssicherheit und Schaffung von Barrierefreiheit.

Beschreibung der Maßnahme:

- Erstellung des Konzeptes unter Beteiligung der Gruppe „Lokale Partnerschaft“, interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Vertretern der Verwaltung und Hinzuziehung eines Fachbüros für Verkehrsplanung.
- Erfassung der aktuellen Verkehrssituation in den Ortsteilen zu den Themen Verkehrsströme, Verkehrlenkung, Verkehrssicherheit, Parkraumangebot, Fahrradwege, Barrierefreiheit, spezielle Problembereiche, etc..
- Kartierung und Analyse der derzeitigen Verkehrssituation mit Maßnahmenvorschlägen zur Verbesserung in den genannten Bereichen.
- Konkretisierung von Einzelmaßnahmen sowie Abstimmung hinsichtlich der möglichen Realisierung mit der zuständigen Straßenbaubehörde (HessenMobil) und sonstigen an der Planung Beteiligten.

Vorgehensweise/Arbeitsschritte:

-

Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur und des Radwegenetzes
 Beschilderung, Abstellanlagen, Ladestationen, Radwegebau

Maßnahmen- nummer:		Priorität:	1	2	3

Zielsetzung:

- Förderung des Radverkehrs durch Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in den Ortsteilen.
- Mitwirkung der örtlichen Akteure bei der Entwicklung des Konzeptes und möglicher Maßnahmen.

Beschreibung der Maßnahme:

- Ermittlung und Kartierung der bestehenden Fahrradinfrastruktur in den Ortsteilen.
- Analyse des Bestandes und Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur.

Zu den Bestandteilen zählen:

- Schaffung von attraktiven Fahrradabstellanlagen an geeigneten Standorten.
- Herstellung einer ansprechenden Beschilderung im Bereich der Radwegeverbindungen und an markanten Punkten in den Ortsteilen zur besseren Orientierung.
- Bereitstellung von Sitz- und Unterstellmöglichkeiten für Radfahrer an Zielpunkten und im Verlauf der Strecke.
- Ausbau der Ladestationen für E-Bikes an ausgewählten Stellen (privat und öffentlich).
- Erhaltung und Ausbau bestehender Radwege/-verbindungen und Ergänzung des Radwegenetzes zur Förderung des Alltags- und Freizeitradfahrens u.a. durch Befestigung von bestehenden Radwegen.

Vorgehensweise/Arbeitsschritte:

-

Umgestaltung der Nürnberger Straße (K158) Machbarkeitsstudie zur Entsiegelung und Begrünung					
Maßnahmen- nummer:		Priorität:	1	2	3
Zielsetzung:					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rückbau eines Teilstücks der „Nürnberger Straße“ mit dem Ziel der Verkehrsberuhigung, Entsiegelung und Grüngestaltung. 					
Beschreibung der Maßnahme:					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erstellung eines Konzeptes zum Rückbau einer Fahrspur (Überholspur) der Nürnberger Straße im Bereich „Körler Berg“. ▪ Durch die Reduzierung der bestehenden Fahrbahnbreite kann eine Verkehrsberuhigung im betreffenden Bereich bewirkt werden. ▪ Entsiegelung und Umgestaltung der zur Verfügung stehenden Flächen zu einer Grünzone inkl. Fußwegeverbindung und Sitzmöglichkeiten. ▪ Die Maßnahme soll einen Beitrag zum Klimaschutz bilden. ▪ Abstimmung des Konzeptes und der vorgeschlagenen Maßnahmen mit der zuständigen Straßenbaubehörde (HessenMobil). 					
Vorgehensweise/Arbeitsschritte:					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ 					